

Berrettung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Hasenstein & Vogler, G. L. Daube, Imbaldendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld. B. Thienes, Greifswald. G. Mies, Halle a. S. Jul. Baur & Co., Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Eisler, Kopenhagen. Aug. J. Hoff & Co.

Aus Kiel geht uns die telegraphische Nachricht zu, daß Prinzessin Heinrich heute früh 8 Uhr von einem Prinzen entbunden ist. — Ein neues Reis am Hohenzollernstamme! Möge es erblichen zur Freude der prinziplichen Eltern, zum Heile für das Vaterland!

National-sozialer Verein.

Der neue national-soziale Verein ist mit seinem Programm vor die Öffentlichkeit getreten. Selbst seine Freunde müssen zugeben, daß es leere Worte enthält. Deshalb mußte man gespannt sein, welchen Inhalt die Führer ihnen geben würden, und sie haben damit nicht gesäumt. Auf einem besondern Kongreß machte sich kein Geringerer, wie Professor Sobin aus Leipzig, zum Ausleger des Programms. Darin steht sich der National-Sozialismus trotz aller großen Worte tatsächlich nur das eine Ziel, an die Arbeiterbewegung zu treten, mit dem vorzüglichen Zweck, die Arbeiter durch einseitige Pflege ihrer Interessen zu nationaler Denkart zu erziehen und von der Sozialdemokratie abzuwandeln, diese also gewissermaßen „abzulösen“ — da „ihre Zeit um ist.“ Der Verein — eine Partei ist nicht zu Stande gekommen — erstrebt zu diesem Zweck, ganz wie die Sozialdemokratie, eine Veränderung innerer Rechtsordnung; aber er will sein Ziel im Gegensatz zum christlichen Sozialismus auf keiner konfessionellen Basis, sondern auf einem Boden erreichen, der Raum für alle, auch für das Judentum, bietet, und will den Hauptkampf richten zu Gunsten der Arbeit und nationaler Interessen gegen die „Uebermacht vorhandener Besitzrechte.“ Das Charakteristik dieses neuen Vereins ist also zunächst, daß er, obwohl er hervorgegangen ist aus der christlich-sozialen Bewegung, das christliche Bekenntnis preisgibt. Seine Eigenart besteht ferner darin, daß er sich als ausgesprochener Arbeiterfreund einführt. Bei dieser Wendung läßt sich der Verlauf der neuen Bewegung klar voranschauen. Das Verlassen der christlichen Basis entzieht ihrer praktischen Tätigkeit gewissermaßen das feste Rückgrat und stellt sie ganz in den Strom der politischen Leidenschaft. Die einseitige Pflege der Arbeiter-Interessen bringt sie andererseits in einen scharfen Gegensatz zu den staatsrechtlichen Parteien und zu den Voransetzungen für die nationale Volkspartei, also weit ab von ihren angeblich nationalen Bestrebungen. Die wahren Interessen des Vaterlandes bedingen nicht den Gegensatz, sondern den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, — die vernunftgemäße Berücksichtigung des Anteils, welchen jeder dieser Faktoren an der Volkswirtschaft hat. Bei dem neuen „Verein“ aber wird es klar, daß neben ehrgeizigen Bestrebungen ein unauströbares Vorurteil gegen den materiellen Reichtum und ein brennender Haß gegen „die Reichen“ seine Handlungen bestimmt. Da kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß dieses Gebilde des unpraktischen Doktrinarismus entweder im Sande verläuft oder in der Sozialdemokratie aufgeht. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere. Wo der Haß der treibende Faktor ist, da drängen die Dinge überall der schiefen Ebene zu. Diese Entwicklung wird auch nicht aufhalten, wenn man ihn hinter schönen Worten von „nationaler Denkart“ zu verbergen sucht. Es zeigt überaus von einer totalen Verleumdung des Wesens der Sozialdemokratie und der für ihr Wachstum treibenden Kräfte, also auch der Zustände und Auffassungen in den Arbeiterkreisen, wenn der nationale Sozialismus sich der Täuschung hingibt, die Arbeiter durch rühmliche Erfüllung ihrer Begehren zum Mahhalten und zu nationaler Gesinnung zu erziehen und so die Sozialdemokratie einfach „abzulösen“ zu können. Wenn diese „Ablösung“, so ist es der Anarchismus oder die Sabotageherren. Nicht der rationalen Umgestaltung der nationalsozialistischen Verhältnisse im Rahmen des Möglichen und auf dem Boden der geschichtlichen Entwicklung strebt die sozialistische Volkserziehung zu; ihr Ziel ist die Erringung der Uebermacht und einseitigen Vorherrschaft der Arbeiterkraft im Staate, und da die Sozialdemokratie mit ihrer Organisation und Agitation die Arbeiter diesem Ziele schneller anführt, als irgend eine andere Partei, so ist alles Liebes mühen katzensozialistischer Professoren und demagogischer Faktoren einfach eitel. Es glauben zu schieben, und sie werden geschoben, widerstandslos in die Arme des politischen Radikalismus, dem sie tatsächlich im Vorgehen schon angehören. Im besten Falle tragen sie zu einer weiteren Zersplitterung der bestehenden Parteien bei, — der lachende Erde ist immer die Sozialdemokratie.

Der neue Fischereihafen zu Gesehmünde.

Am 1. November d. J. ist der neue Fischereihafen zu Gesehmünde nach einer Bauzeit von 5 Jahren feierlich eröffnet und der dortigen Fischereihafen Betriebsgenossenschaft übergeben worden. Der Hafen, der eine Hafenlänge von 1200 m und eine Breite von 65 m aufweist, ist der größte des Kontinents, und dazu bestimmt, der Hochseefischerei, insbesondere der mit Dampfern betriebenen Fischerei, zu dienen, den Abzug der Fische nach dem Binnenlande zu erleichtern und die Verbreitung der Seefische als gesundes und billiges Volks-Nahrungsmittel durch Massenerwerb und schnelle Beförderung zu unterstützen. Die Fischhalle, welche an einzelne Fischereierwerber verpachtet ist, erstreckt sich in einer Länge von 450 m längs des Wohlwerts und soll demnächst auf 600 m erweitert werden. In ihr finden die Geschäftsräume der Fischereihändler ihren Platz; außerdem befindet sich darin an der Wasserseite eine große Auktionshalle, in der die angekauften Fänge versteigert werden. Der Größ der verteilten Waare fließt in erster Linie der Fischereibetriebs-Genossenschaft zu, ein Teil gehört vertragsmäßig dem Fiskus und den Auktionatoren. Im Anschluß an die eigentlichen Hafenbauten sind umfangreiche Eis- und Güterabfertigungs-Anlagen der Eisenbahnver-

waltung und ein Restaurationsgebäude zu vermerken. Letzteres enthält gleichzeitig Räume für die Post und Telegraphie und ein Seemannsheim, das unter geistlicher Aufsicht steht und Gelegenheit bietet, den abgemühten Seeleuten billige und zweckentsprechende Unterkunft zu gewähren. Im Anschluß an das Seemannsheim wird versucht werden, dem verderblichen Einfluß der Feuersucht, wie er vielfach in den Hafenstädten sich geltend macht, entgegenzutreten. Der neue Hafen liegt zum großen Teil im Zollausflußgebiet; die beteiligten Gewerbetreibenden haben jedoch den Wunsch, daß die Fischereifahrzeuge, welche zur Zeit in die im Zolllande belegene Gesehmünde einlaufen, auch in Zukunft im Zolllande (sich) können, da anderenfalls die in den Packhäusern zum Versand in Kisten verpackten Fische beim Eintritt in das Zollgebiet der Zollrevision unterliegen und in Folge der zeitraubenden Abfertigungen Verspätungen bei der Verladung nicht zu vermeiden sein würden. Ferner würde für die eingebrachten, von der Mannschafft deutscher Fahrzeuge an der deutschen Küste gefangenen Schallfische eine besondere Identitätskontrolle in dem ausländischen Teile des Hafens erforderlich werden, von welcher die Interessenten nicht ohne Grund eine Schädigung des Geschäfts befürchten. Im tiefen Mischlande vorzubeugen, erscheint es geboten, den Fischereihafen bis auf einen kleinen, zur Errichtung von Proviantlagern bestimmten Teil der Südmole dem Zollgebiet anzuschließen. Der Bundesrat hat deshalb in seiner getrigen Sitzung beschlossen, daß der neue Gesehmünder Fischereihafen bis auf einen zur Errichtung von Proviantlagern bestimmten kleinen Teil der Südmole dem Zollgebiet angeschlossen und die nähere Festsetzung der Zollgrenze sowie die Bestimmung des Zeitpunktes für den Anschluß dem künftigen preussischen Finanzminister überlassen werden soll. Die Befreiung eines Teils des neuen Hafens außerhalb der Zollgrenze ist notwendig, damit die Fischereifahrzeuge zu jeder Zeit ihren Proviant unverzollt und ohne Aufenthalt an Bord nehmen können.

Von dem Fischhandel in Gesehmünde ist Folgendes von Interesse: In die Gesehmünde von Anfang Juli bis Ende September d. J. 468 Fischdampfer eingelaufen, die höchste Zahl, die bisher überhaupt in einem Quartale erreicht ist; dazu kommen 136 Segelfahrzeuge. Der Umsatz in der Auktionshalle belief sich auf 7 071 479 Pfund Fische mit 636 073 Mark Größ gegen 8 006 847 Pfund mit 583 384 Mark Größ in derselben Zeit des Vorjahres. Nicht durch die Auktionen wurden abgesetzt 59 Dampferladungen im Gewichte von etwa 1 063 800 Pfund im Werte von etwa 112 796 Mark. Diese Fischmengen sind fast ausschließlich von der Aktien-Gesellschaft „Nordsee“ verarbeitet worden. Die Fischpreise haben gegen das Vorjahr einen höheren Stand behauptet, woraus anscheinend auf einen vermehrten Fischkonsum geschlossen werden kann. Die vom Deutschen Seefischerei-Verein ausgehenden Versuche, den Transport der Fische in besonders hergerichteten Kühlwagen zu bewirken, haben noch keinen völlig befriedigenden Erfolg gehabt. Der Konsum in der Fischhohle der Berliner Gewerbeausstellung, für welche die Fische durch die bezeichneten Wagen herangeschafft wurden, ist allerdings ganz bedeutend gewesen. Man hofft auch, daß die Ausstellung für den Fischhandel günstige Erfolge haben wird. Die Ergebnisse der Fischerei in der Nordsee waren im Allgemeinen befriedigend. Auffallend ist der Umstand, daß in diesem Jahre verhältnismäßig geringe Mengen großer Schellfische gefangen worden sind. Es sind wieder verschiedene Jagdgründe nach den isländischen Fischgründen unternommen worden. In drei Fällen hatte man nur einen auffallend geringen Erfolg. Da gegen lieferten zwei im September nach Island ausgeführte Reisen wieder reiche Fänge. Die Fabrikation von Medusinal-Extrakt aus den frischen Lebern der auf See gefangenen Fische entspricht eine befriedigende Entwicklung. Die ersten Versuche in dieser Richtung sind im Vorjahre unternommen. Inzwischen ist das hergestellte Produkt auf der diesjährigen Kieler Ausstellung prämiert worden, obwohl es mit den bestbeachteten norwegischen Extrakten zu konkurrieren hatte. Die Verstellung des Thyrans kann nur im Winter stattfinden. In dem bevorstehenden Winterhalbjahre dürften 20 000 bis 30 000 Kilogramm gewonnen werden, ein Quantum, das immerhin schon einen Wert von 30 000 bis 45 000 Mark darstellt. Man hofft, daß die Fischdampfer-Abfertigung mit der Zeit durchweg auf ihren Schiffen die zur Gewinnung des Thyrans erforderlichen Einrichtungen treffen werden. Sobald dies erreicht ist, würde eine Jahresproduktion von mehreren 100 000 Kilogramm gesichert sein.

Deutschland.

Berlin, 27. November. Der Kaiser verließ gestern Nachmittag an Bord des Panzers „König Wilhelm“. Abends fand an Bord der „Hohenzollern“ eine Mittagstafel statt, wozu Prinz Heinrich und Admiral von Kuor geladen waren. Admiral Hollmann ist nach Berlin abgereist.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung, betreffend den Gewerbebetrieb der Ausländer im Umherziehen, dem Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten für 1897, dem Entwurf einer Ausnahmestimmung von dem Verbote der Sonntagsarbeit in Mälzereien, sowie den Ausschlagsanträgen, betreffend den Salzenerverwaltungs-Kostenetat für Eisfab-Lothringen und betreffend die zollfreie Abfuhr von Mineralöl zu Raffinations- und anderen gewerblichen Zwecken die Zustimmung erteilt. Angenommen wurde ferner der Zollantrag des neuen Fischereihafens in Gesehmünde, sowie eine Abänderung der Vorschriften über die Denaturierung von Salz. Die Vorlage, betreffend die zollfreie Abfuhr von Eisfab-Lothringen, ringen und deckelt bei der Verwendung zum Schiffbau, und eine Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Vom Vorlage, betreffend die Aufhebung des Brandweinsteuer-Grenzbezirks gegen Luxemburg, wurde Kenntnis genommen und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt. Im Pensions- und Besoldungsstat der Reichsbankbeamten findet

sich ein Zugang von 12 Stellen für Vorstände von Reichsbanknebenstellen (Agenturen). Davon entfallen 7 auf die in Demmin, Fürstentum, Haderleben, Osnabrück, Neustadt, Rendsburg und Verden neu errichteten Reichsbanknebenstellen und 5 auf die Reichsbanknebenstellen in Finsterwalde, Rostock, Rindau, Lüd und Mühlheim (Ruhr), welche bisher mit Agenten besetzt waren und in Zukunft behufs besserer Förderung des Interesses der Reichsbank von etatsmäßigen Beamten verwaltet werden sollen.

Wenn der Bericht der Sozialdemokratie im Reichstage mißfällt, ist eine Mitteilung der Regierung über die Zolldifferenzen mit Ausland zu veranlassen, so war dieses Ergebnis vorauszuweisen. Noch ehe die Sozialdemokratie ihre Interpellation eingebracht hatte, war es bekannt geworden, daß sowohl bei der deutschen als auch bei der russischen Regierung die Gerechtigkeit vorzuziehen sei, durch gemeinsame Unterhandlungen auf eine Ausgleiche der vorhandenen Streitigkeiten hinzuwirken. Die russische Regierung hat sogar einen sehr hohen Beweis ihres Entgegenkommens dadurch gegeben, daß sie die Verhandlungen in Berlin führen läßt. Erst vor wenigen Tagen fand die Bevollmächtigten hier zusammengetreten, und soweit man hört, nehmen die Verhandlungen einen nicht ungünstigen Fortgang. Es entspricht aber durchaus den stehenden Gewohnheiten, daß über schwebende Verhandlungen Mitteilungen seitens der Regierung nicht gemacht werden; das hätte sich auch die Sozialdemokratie sagen können. Es muß also wohl ein ganz bestimmter Grund gewesen sein, der sie veranlaßt hat, ihre Anfrage im Reichstage einzubringen. Und dieser Grund wird nicht schwer zu finden sein. Durch die russischen Zollerhöhungen auf seine Lederwaren sind auch die Arbeiter in der Bekleidungs- und Lederindustrie in Folge der verminderten Ausfuhr in Mitleidenschaft gezogen; das gab der Sozialdemokratie die erwünschte Gelegenheit, sich wieder einmal als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen aufzuspielen.

Der provisorische Börsenausschuß beriet gestern noch weiter über die Frage der Preisnotierung und der Schlussheine. Aus der vorgestrigen Sitzung ist noch zu berichten, daß der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erklärte, schon aus dem Landwirtschaftsministerium ginge die Berechtigung der Landesregierung hervor, der Landwirtschaft eine Vertretung an der Produktbörse zu gewähren. Der Vertreter des Handelsministeriums leitete diese Berechtigung aus dem Börsengesetz her und bemerkte, daß in seinem Ministerium bereits Erwägungen darüber schwebten, wie der Landwirtschaft eine Vertretung gesichert werden könne.

Aus Anlaß der vom Reichsamt des Innern in den deutschen Bundesstaaten angeordneten Erhebung über die Wirkungen der Bäckereiverordnung hat der geschäftsführende Ausschuss des freien deutschen Bäckerverbandes den Genossenschafts- und Innungsverbänden folgende sechs Fragen, die sich auf den Maximalarbeitszeit beziehen, zur Beantwortung vorgelegt: „Die Bäckereimeister sollen hiernach Auskunft darüber geben, 1. ob sie im Stande sind, den gesetzlichen Maximalarbeitszeit einzuhalten und Streitigkeiten mit den Behörden beim Vollzug der Verordnung zu vermeiden; 2. um wie viele Stunden sie täglich über die zulässige mit der einstündigen Pause dreizehnstündige Arbeitszeit hinausgehen, und wie oft die Arbeitszeit durchschnittlich in der Woche überschritten werden muß, welche Pausen stattfinden; 3. wie sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Gehilfen seither gestaltet hat; 4. welche Mißstände der Maximalarbeitszeit im Geschäft verursacht hat; 5. ob mit zwei Arbeitschichten gearbeitet wird; 6. ob die Gehilfen den Maximalarbeitszeit müssigen.“

Der geschäftsführende Ausschuss wird das Erhebungsmaterial sammeln und den Regierungen sowie dem Reichstag vorlegen.

Rundfunkstellen sollen in Westpreußen im Regierungsbezirk Danzig, nach der „Volkszeit“, geführt werden über die politische Gesinnung der Lehrer, darüber, ob sie diese Gesinnung öffentlich zur Schau tragen, über ihre Zeitungslieferung, ihren Umgang und ihr unermitteltes Betragen. Diese Rundfunkstellen sollen durch die Gemeindevorsteher (?) angefüllt werden und durch Vermittlung des Landrats an die Regierung gesandt werden. Öffentlich wird man bei der Beratung des Kultusrats im preussischen Abgeordnetenhaus dafür Sorge tragen, Klarheit über diese nahezu unglückliche Mitteilung zu erlangen.

Das Urteil über Premier-Lieutenant von Bräsewitz ist noch immer nicht bekannt gegeben. Ob es bereits gefällt, ob es in der Befähigungsklasse noch nicht erledigt ist, weiß man nicht. Der „Vorwärts“ stellt folgende Kombination auf, um die günstige Information des Kriegsministeriums über den von anderer Seite so falsch behandelten Offizier zu erklären: In der Rang- und Quartiersliste für das Jahr 1893 wurde Herr von Bräsewitz als Adjutant bei dem 3. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 109 in Karlsruhe aufgeführt. Der Major jenes Bataillons war aber damals Herr von Gohler, der Bruder des jetzigen Kriegsministers. Gegenwärtig ist der frühere Major von Gohler Stabschef in Breslau. Vielleicht ist der Kriegsminister durch die Vertrauensstellung, die früher von Bräsewitz als Adjutant bei seinem Bruder bekleidet, zu seinem günstigen Urteil über den geführten Exzedenten gekommen. — Daß Herr von Bräsewitz in seiner Brust gewissermaßen zwei Seelen getragen hat, oder daß die Neigung zu Exzessen vielleicht erst in den letzten Jahren bei ihm Platz gegriffen hat, daß die Anstufung des Kriegsministers, die so wesentlich anderen Aufklärungen aus neuerer Zeit über den Charakter des Mannes widerspricht, gutgläubigen und seiner Zeit nicht unzutreffenden Mitteilungen ihren Ursprung verdanken kann, ist fast anzunehmen.

In dem Prozeß, den der Geheim Kommerzienrat Beder, der Besitzer des Bernsteinmonopols, gegen den Bernsteinfabrikanten Westphal angestrengt hatte, war bekanntlich eine Äußerung Baders, die lautete, er habe den Staat in der Folge, zur Kenntnis der Regierung gekommen. Daraufhin ist vom Ministerium ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, in Folge dessen vorgestern und gestern Zugenommenheiten stattgefunden haben. Dies-

selben sind von dem zu diesem Zweck aus Berlin entforderten Geheimen Ober-Regierungsrath Möbius auf der Regierung zu Königsberg i. Pr. vorgekommen worden.

So anerkanntenswerth die Bestrebungen sind, die Gehälter der aktiven Lehrer gesetzlich zu regeln und auf eine möglichst erträgliche Höhe zu bringen, so sollte man doch nicht ganz die mit Pension entlassenen alten Lehrer ver- gessen. Viele der alten Lehrer haben sich während der langjährigen Amtierung mit recht kräftigem Einkommen begnügen müssen und auf die von Jahr zu Jahr erhoffte Gehaltsaufbesserung vergeblich gewartet. Es hieß immer, die Finanzlage des Staates ermögliche eine solche nicht. Viele Lehrervereine erhalten daher von ihrem f. 3. bezogenen geringen Dienstverdienst auch wiederum eine geringe Pension. Wenn selbst die niedrigen Lehrergehälter in dem neu vorgeschlagenen Pensionsgesetz beibehalten würden, so bekäme ein Lehrer nach etwa 31 Dienstjahren von 1650 Mark Maximalgehalt $\frac{1}{4}$ als Pension, also ungefähr 1230 Mark. Viele der jetzigen emeritierten Lehrer beziehen nach 35 und mehrjähriger Dienstzeit keine 1230 Mark Pension. Da wäre doch wohl zu wünschen, daß allen jetzt pensionierten Lehrern, die mindestens 35 Jahre im Amte gewesen sind und noch nicht 1230 Mark als Ruhegehalt haben, dieses so weit erhöht oder wenigstens eine jährliche feststehende Pensionsaufbesserung gewährt werden möge. Diese Verbesserung käme Lehrern zu gute, die sich schon während ihrer aktiven Dienstzeit mit geringem Einkommen haben durchschlagen müssen. Die Mehrausgabe würde weder hoch sein, noch lange Jahre dauern.

Polen, 26. November. Bei den heutigen Stadtverordneten-Wahlen siegten in der dritten Abteilung die deutschen Kandidaten im ersten Bezirk mit knapper, im zweiten und dritten Bezirk mit großer Majorität, wogegen den vierten Bezirk (Wallfische) ein Pole behauptete. Im Ganzen wurden sechs Deutsche und ein Pole gewählt. Mitbin haben die Polen ein Mandat von drei bis vier Abgeordneten verloren.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. November. Die ungarischen Industriellen entzünden eine Abordnung von 100 Mitgliedern an den König, um für dessen und der Königin Rheinnahme an der Jahrausstellung zu danken. Auf die Ansprache der Abgeordneten erwiderte der König, es gerähe ihm zur besonderen Freude, daß die Industriellen durch ihr Erscheinen ihm Gelegenheit gegeben hätten, ihnen aus den modernen Industriellen der Jahrausstellung-Landesausstellung für ihren opferwilligen und unermüdeten Eifer, den sie zum Vortheil der Ausstellung entfaltet hätten und dem der glänzende Erfolg in erster Reihe zu verdanken wäre, seine volle Anerkennung mündlich auszusprechen zu können. Die Abordnung sprach sodann bei dem Handelsminister Daniel vor.

Italien.

Rom, 26. November. Nach dem heutigen Frühstück im königlichen Palaste auf dem Quirinal begab sich der König von Serbien nach dem Gastehofe „Zum Quirinal“, um dem daselbst wohnenden serbischen Gesandten Bogitschewitsch einen Besuch zu machen. Von hier aus fuhr sodann der König mit dem Kriegsminister und sieben anderen Persönlichkeiten, sämtlich in großer Uniform, in Privatwagen nach dem Vatikan, um dem Papste seinen Besuch abzustatten. Eine Kompanie italienischer Karabinieri mit Fahne und Musik erwies unter den Klängen der serbischen Hymne die militärischen Ehren. Zu beiden Seiten des Wagens, in welchem der König saß, und welchem je ein Zug Karabinieri voran- und folgte, ritten zwei Offiziere dieser Truppe. Von dem Musikkorps-Platz über den Petersplatz bis zum Portikus Karls des Großen bildete eine italienische Infanterie-Brigade unter dem General Almonino Spalier. Der Wagenzug fuhr um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Vatikan ein. Der König von Serbien wurde daselbst mit königlichen Ehren empfangen. Vom Vatikan wird König Alexander in derselben Weise nach dem Gastehofe „Zum Quirinal“ und von dort in königlichen Wagen nach dem Quirinal-Palaste zurückgeführt. Ein äußerst zahlreiches Publikum wohnte der Fahrt des Königs zum Vatikan bei und begrüßte denselben ehrfurchtsvoll. Beim Eintritt in den Vatikan wurde der König Alexander durch den Almonier und mehrere geistliche und weltliche Persönlichkeiten empfangen, welche den König und das Gefolge bis zu dem Vorzimmer und den päpstlichen Gemächern begleiteten. Der König betrat den Audienzsaal und verließ daselbst allein mit dem Papst gegen dreiviertel Stunden; alsdann wurde das Gefolge des Königs dem Papste vorgestellt. Nach der Audienz begab sich der König zur Begrüßung des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla. Um 4 $\frac{1}{4}$ Uhr verließen der König und das Gefolge den Vatikan. Der König nahm später den Ehe bei dem serbischen Gesandten Bogitschewitsch ein und begab sich hierauf nach dem Quirinal. Rampolla wird dem Könige nach dessen Rückkehr aus Neapel den Besuch erwidern.

Griechenland.

Athen, 25. November. Der Fanatiker Magalis hatte offenbar bei dem Entwurfe des Mordplans gegen die beiden von ihm angegriffenen Bankiers auch zugleich die eigene Entleitung beabsichtigt, denn die beiden Dynamitpatronen, mit denen er sich im Gefängnis tödtete, hatte er bereits vor Ausführung der That zu sich gefaßt und so selbst mit ins Gefängnis gebracht. Als er den Mord vollbracht hatte, war er ruhig liegend an der Stelle des Verbrechens stehen geblieben, bis sich endlich einige Polizisten einfanden, denen er widerstandslos nach der Polizeidirektion folgte. Sein Mordwerkzeug hatte er von sich geworfen. Diese Haltung des Mörders überraschte derart, daß man bei seiner Entleerung im Gefängnis nicht einmal eine Leibesuntersuchung bei ihm vornahm. Mit dem stereotypen Lächeln auf seinem Gesichte erklärte er, daß er die That habe vollbringen müssen, um seinen anarchischen Grundgedanken Geltung zu verschaffen, aber ebenso sei er bereit, um dieser Grundsätze willen selbst den Tod zu erleiden. Im Gefängnis blieb er zwei Tage, und zwar im freien Verkehr mit den übrigen Gefangenen.

Es wurden auch dorthin zehn wegen ihre radikal-sozialistischen Gesinnung bekannte Arbeiter gebracht, in denen die Untersuchungsbehörde Mitthäter oder Mitwisser an dem Mord vermutete. So hatte Magalis eine große Anzahl Mitgefängene um sich, denen er ununterbrochen Vorträge über die anarchische Lehre hielt, vermisch mit der Deklamation von Proletariatsliedern, die er aus dem Französischen ins Griechische überließ hatte. Erst am Nachmittage des zweiten Tages ordnete der Gefängnisvorsteher an, daß Magalis von den übrigen Gefangenen getrennt und in Einzelhaft gebracht werden sollte. Raum war er jedoch zehn Minuten in seiner Zelle eingeschlossen, als aus ihr zwei kurz aufeinander folgende Schüsse gehört wurden, und als der Aufseher mit einigen eilrig herbeigeholten Soldaten die Zellenthür öffnete, fand man Magalis in gräßlich verblutetem Zustande entseelt auf dem Boden liegend. Die nähere Untersuchung ergab, daß er eine Dynamitpatrone in der linken Hand gehalten, die andere in den Mund genommen und beide durch kurze daran befestigte Schnüre zur Entladung gebracht hatte. Leider ist die Volksmenge geneigt, dieses gräßliche Ende des Fanatikers mit einem romantischen Schleier zu umgeben, jedoch die Pörsagen, das Beispiel des Magalis könne leicht zu Nachahmungen Veranlassung geben, nicht ganz unbegründet ist. In Piräus wurde auch bereits ein nahe Gefährdungsgefahr des Attentäters verhaftet, der dort jedoch entkommen war und in höchst verdächtiger Weise von anarchischen Ansichten gegen die Minister und das Parlament gesprochen hatte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. November. Eine Bestimmung der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen wird bei allen Arbeitgebern Anlaß finden und das ist die Veränderung bezüglich der Erhöhung des Krankengeldes für Unfallverletzte vom Beginn der fünften Woche an. Schon nach den bisherigen Gesetzen muß vom Beginn der fünften Woche an nach Eintritt des Unfalles bis zum Ablauf der dreizehnten Woche das Krankengeld, welches den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes bemessen werden. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statutenmäßig zu gewährenden niedrigeren Krankengelde ist bisher der Arbeitgeber zu erstatten verpflichtet, bei welchem der Verletzte zur Zeit des Vorkommens des Unfalles in Arbeit gestanden hat. Diese Anordnung hat vielfache Anfechtung erfahren. Einmal widerspricht sie dem ganzen Geiste der staatlichen Unfallversicherung, die doch gerade geschaffen wurde, um die Solidarität der Betriebsunternehmer für die Entschädigungen der Unfallverletzten oder deren Hinterbliebenen herbeizuführen. Sie erzeugt förmlich eine Rucke in der durch die Unfallversicherung sonst geschaffenen Gemeinsamkeit der Arbeitgeber. Sodann aber kommt sie gerade die kleineren Unternehmer stark belasten. Größere Betriebe werden naturgemäß von solchen Ausgaben nicht so berührt, wie solche, in denen nur wenige Arbeiter beschäftigt werden. Gerade im Interesse der letzteren lag deshalb eine Verringerung dieser Anordnung. In der Novelle ist sie auch nachträglich, nachdem der Entwurf vom Juni 1894 eine solche Verkleinerung vermissen ließ, erfolgt. Künftig soll nicht der einzelne Arbeitgeber, sondern die Berufsgenossenschaft verpflichtet sein, die Differenz zu erstatten und zwar diejenige Berufsgenossenschaft, welcher die Entschädigung für den betreffenden Unfall obliegt oder obliegen würde, wenn die Folgen des Unfalles nicht vor Ablauf von dreizehn Wochen gehoben wären.

Die königliche Eisenbahn-Direktion hat an sämtliche Stationen mit Bahnhofs-wirtschaften eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Im Hinblick darauf, daß in den Bahnhofs-wirtschaften für die dem Publikum dargebotenen Butterbrotte vielfach Margarine statt natürlicher Butter Verwendung finden soll, wird es für angemessen erachtet, daß, wenn eine solche Verwendung stattfindet, das Publikum hiervon Kenntnis erhält und vor der Tauschung, Margarine statt Butter zu genießen, geschützt wird. Die Stationsvorstände wollen deshalb von den Bahnhofs-wirthen eine schriftliche Aeußerung darüber erfordern und der Betriebsinspektion vorlegen, ob sie Margarine für den bezeichneten Zweck verwenden. Wo dies der Fall ist, ist durch die Betriebsinspektion zu veranlassen, daß in den zum Anschlag gebrachten Preisverzeichnissen neben den Butterbrotten auch Margarinebrotte unter entsprechender Abkürzung des Preises aufgeführt werden. Für die Direktionsakten ist hierüber Mitteilung zu machen. Sollte sich später herausstellen, daß Bahnhofs-wirthe, welche die obige Anfrage verneint haben, gleichwohl Margarine verwenden, so wird gegen dieselben je nach Umständen mit Abkündigung des Vertrages vorgegangen werden.“

Der Regierungsbaumeister Bath in Greifswald ist zum Landbauinspektor ernannt und ihm die Stelle des akademischen Baumeisters bei der Universität Greifswald übertragen worden.

Der Staatsanwalt Rhode aus Berlin ist zum Ersten Staatsanwalt in Köslin ernannt. — Nachdem im § 7a der Gewerbeordnung das Alter, vor dessen Erreichung der Arbeiter zu verheirathen ist, vom vollendeten 21. auf das vollendete 25. Lebensjahr erhöht worden ist, hat der Bundesrat in den heute beschlossenen Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung für Ausländer die Zulassung zum Gewerbebetrieb im Umherziehen, anstatt wie bisher von der Erreichung des 21., von der Ueberschreitung des 25. Lebensjahres abhängig gemacht. Von diesem Erforderniß darf ausnahmsweise abgesehen werden, wenn Ausländer abgehoben werden, welche nachweislich in dem nächsten vorangehenden Kalenderjahre einen Wandergewerbebesuch für dasselbe Gewerbe erhalten haben.

Am 7. Dezember findet die Generalversammlung der „Union“, Fabrik chemischer Produkte, hierseits statt, dem in derselben zum Vortrag gelangenden Verwaltungsbericht für 1895-96 entnehmen wir Folgendes: Der Abschluß bietet ein wesentlich erfreuliches Bild als der vorjährige, wenn auch noch mangelhafte.

18